den tiefgreifende Aenderungen notwendig sein. Geniale Verbesserungen hat der österreichische Justizminister Klein vorgenommen. Als wir aber früher an österreichische Bestimmungen anknüpfen wollten, fanden wir nicht den Beifall des Hauses. Immerhin ist ein beschleunigtes Verfahren auch im Rahmen des jetzigen Gesetzes möglich. Das zeigt u. a. der sehr schnell arbeitende Bezirk Stuttgart. Die Wünsche nach weiteren kleinen Strafgesetznovellen sind undurchführbar. Auch das Jugendgericht wird sich kaum glatt erledigen lassen, da in der Fachpresse viele Bedenken laut geworden sind.

Abg. **Ablaß** (Fortschr. Vp.) bittet, den sechsten Reichsanwalt zu bewilligen. Die Reform der Gebührenordnung der Rechtsanwälte sollte man nicht länger hinausschieben. Befremdend wirken die Einwände des Staatssekretärs gegen den Schutz von Personen, die in gutem Glauben mit Geisteskranken Geschäfte abschließen. Zum Schöffen- und Geschworenendienst sollten nicht nur Arbeiter, sondern auch die Volksschullehrer herangezogen werden. Auch in den Jugendgerichten würden die Volksschullehrer sehr gut wirken. Im Falle Knittel habe auch der Staatsanwalt eine scharfe Rüge verdient. Eine grobe Beleidigung der Anwaltschaft sei es gewesen, daß der Erste Staatsanwalt die Verfolgung der Beschimpfungen durch den „Dortmunder Generalanzeiger" mit der Begründung ablehnte, durch ein solches Einschreiten könnte der Anwaltsstand vielleicht noch mehr geschädigt werden. Der Bund der Landwirte sei immer noch nicht im Vereinsregister eingetragen. Gelte er nach den gestrigen Zirkus-Reden immer noch als unpolitisch? Die preßgesetzlichen Bestimmungen Preußens bedürften einer schleunigen Neuregelung. Gegen viele Uebertretungen schreitet die Polizei nur deshalb nicht ein, um sich nicht dem Fluche der Lächerlichkeit auszusetzen. Aber es komme noch genug Sonderbares vor. In Berlin seien Konditoren nach den preßgesetzlichen Bestimmungen Preußens bestraft worden, weil sie auf den Pfefferkuchen kleine Personen angebracht hatten. Die Bekämpfung des Schmutzes in Wort und Bild könne bei der herrschenden Praxis zu einem Kampf gegen die freie Kunst führen. Die Dunkelmänner und Finsterlinge seien von einer krankhaften Prüderie beherrscht. Der Reinheit der Natur solle man keinen Zwang antun.

Abg. **Holtschke** (kons.): Gute Beziehungen zwischen Rechtsanwälten und Richtern sind wünschenswert. Eine Novelle zum geschäftlichen Schutz gegen unerkannte Geisteskranke ist nicht so dringend notwendig. Für den sechsten Reichsanwalt sind auch wir. Die Anträge Schiffer lehnen wir ab, weil sie das Reichsgericht vor unerfüllbare Aufgaben stellen würden. Der Vorwurf der Klassenjustiz wird jetzt in milderer Form erhoben, aber er ist vollständig unberechtigt. Unsere Richter stehen mitten im Leben und sind durchaus unparteiisch. Eine Wahl durch das Volk hätte keinen Zweck. — Abg. **Mertin** (Reichsp.): Bedenken gegen das Schöffenamt der Lehrer haben wir nicht. Sie befinden sich bei dem jetzigen Zustande in guter Gesellschaft, denn den Ministern geht es auch nicht besser. Die Mißstände im Grundstücksverkehr müssen beseitigt, und das Zwangsversteigerungsgesetz muß geändert werden. Mit der recht gutgemeinten Einrichtung der Gesellschaften mit beschränkter Haftung habe man durch allerlei Schiebungen Schindluder getrieben. Eine Erhöhung der Rechtsanwaltsgebühren ist nicht notwendig. Die Mißstände im Anwaltsstande sind durch die Ueberfüllung des Standes verursacht. Das elegante Damenpublikum sollte den Gerichtsverhandlungen besser fern bleiben. Der deutsche Richter und Anwalt habe sich in unzähligen schwierigen Prozessen durchaus bewährt. — Abg. **Werner**, Hersfeld (Reis.), fordert ebenfalls eine Beschleunigung der Rechtspflege. Das Winkelkonsulententum sei eine ernste Gefahr für das Volk, das durch die Winkelkonsulenten vielfach in die Prozesse hineingezogen werde. — Abg. **Landsberg** (Soz.): Der Schifferschen Reform müsse eine Reform des preußischen Wahlrechts vorangehen. Gegen Beleidigungen sei man heute viel empfindlicher als zu Zeiten Luthers oder Goethes, die heute gar nicht mehr aus den Gefängnissen herauskommen würden. Die Krupp-Direktoren hätten ihre Bloßstellung reichlich verdient, weil sie das unverantwortliche Treiben des Brondt so lange geduldet hätten. Ueber Verschleppung seines Prozesses könne sich höchstens Fürst Eulenburg beklagen. (Heiterkeit links.) Für das Zentrum gelte das Nackte als Schmutz. Seine Freunde rechnen zur Schundliteratur auch die süßen Traktätchen und sogenannte patriotische Schriften, durch die die Jungen angeregt werden sollen, nach Rußland und Frankreich zu ziehen und möglichst viel Feinde zu töten. — Abg. Dr. **Bell** (Zentr.): Der Vorwurf der Klassenjustiz muß auf die Dauer unsere Richter außerordentlich verbittern. Wir brauchen ein Fortschreiten der sozialen Rechtsprechung. Die Anträge Schiffer halten wir für undurchführbar. Gegen böswillige Schuldner und systematische Schieber verlangen wir strengste Maßnahmen. Mißstände bestehen bei der Gerichtsberichterstattung. Das habe auch der Reichsverband der deutschen Presse anerkannt. Wir kämpfen gegen Schein- und Afterkunst für wahre und echte Kunst.

Weiterberatung Mittwoch. — Schluß 7¾ Uhr.

*

Gesetzentwurf über die Sonntagsruhe.

Berlin. (Priv.-Tel.) Die Sonntagsruhe-Kommission des Reichstages beschäftigte sich heute mit einem Antrage, der volle Sonntagsruhe in den Städten von mehr als 75 000 Einwohnern vorsieht. In kleineren Städten soll eine Beschäftigungsdauer bis zu drei Stunden zulässig sein, aber in Orten von über 10 000 Einwohnern nicht geteilt werden dürfen. Die höhere Verwaltungsbehörde soll überdies das Recht haben, in Städten unter 75 000 Einwohnern die Arbeitszeit um eine Stunde und in Städten unter 10 000 Einwohnern um zwei Stunden zu verlängern. Ein Nationalliberaler gab die Erklärung ab, daß seine Freunde dem Antrage zunächst zustimmten, um den Interessenten Gelegenheit zur Aeußerung zu geben, sich aber völlige Freiheit endgültiger Entschließung vorbehielten. Von einem Mitgliede der Konservativen und des Zentrums liegen Anträge vor, die unter besonderer Voraussetzung auch in Städten von mehr als 75 000 Einwohnern eine Beschäftigung bis zu zwei Stunden ermöglichen. Die Kommission einigte sich dahin, daß die Einzelberatung in einer noch zu beschließenden Reihenfolge stattfinden soll. Ein Konservativer begründet den Antrag, in Städten von mehr als 75 000 Einwohnern zwei Arbeitsstunden zuzulassen, wenn ein Drittel der Geschäftsinhaber es fordert und den beschäftigten Handlungsgehilfen ein freier Nachmittag in der Woche von 2 Uhr ab gewährt wird.

Kurze Anfragen.

Berlin. (Priv.-Tel.) Kurze Anfragen haben im Reichstage eingebracht die Abgeordneten Bassermann und Schiffer: Unter Bezugnahme auf Mitteilungen französischer Blätter über den angeblich schlechten Gesundheitszustand im deutschen Heere fragen wir an, ob der Herr Reichskanzler bereit ist, über den Krankenstand des Heeres Mitteilung zu machen. Abg. Blunck weist in einer Anfrage auf folgendes hin: Die Arbeitgeber derjenigen Versicherungspflichtigen, die Mitglieder einer zugelassenen Ersatzkasse sind, haben nach § 517 R. V. O. ihren Beitragsanteil weiter an die Krankenkasse einzuzahlen. Der Bundesrat ist aber nach Maßgabe des § 518 ermächtigt, anzuordnen, daß die Krankenkassen diese bei ihnen eingehenden Beträge an die betreffenden Ersatzkassen abzuführen haben, und verschiedene Ersatzkassen haben bereits den erforderlichen Antrag gestellt. Abg. Blunck fragt nun: Ist der Herr Reichskanzler in der Lage, darüber Auskunft zu erteilen, ob und welche Anordnungen gemäß § 518 der Bundesrat bereits beschlossen hat oder zu erlassen beabsichtigt?

Preußisches Abgeordnetenhaus.

(Fortsetzung aus dem Abendblatt.)

Berlin. (Priv.-Tel.) Im Abgeordnetenhause antwortete der Minister des Innern **v. Dallwitz** auf die Interpellation betreffend die

Sturmflut an der Ostsee:

Die Regierung hat noch kein ausreichendes Bild über die Verheerungen in Pommern, Ost- und Westpreußen. Die überfluteten Flächen sind zum Teil noch unter Wasser, zum Teil unter Eis und Schnee und dadurch werden die Ermittlungen erschwert. Es sind auch in den letzten Tagen wieder neue Hochwassernachrichten eingegangen, aber die Regierung ist jetzt schon überzeugt, daß die Betroffenen aus eigener Kraft vielfach nicht imstande sein werden, die schwere Heimsuchung zu tragen. Die Regierung ist daher unter der Voraussetzung der Bereitwilligkeit der Provinzialverbände zu einer Notstandsaktion bereit. Der Staat wird die Kosten der militärischen Hilfe allein tragen, die Kosten für sonstige Rettungsarbeiten und dringliche sanitäre Maßnahmen zu ⅔, die Provinzen zu ⅓ aufbringen. Die privaten Sammlungen sind unter der Ungunst der Zeiten hinter früheren Erträgnissen zurückgeblieben, so daß viele, auch öffentliche Beihilfen für Privatpersonen erforderlich sein werden. Es wird vornehmlich die Hingabe unverzinslicher Darlehne auf 3 Jahre bei Rückzahlung in 5 Raten in Betracht kommen, und die Mittel dafür werden Staat und Provinzen im Verhältnis 80 zu 20 Prozent aufzubringen haben. Die Gewähr für die Rückzahlung haben die Kreise zu leisten. Es handelt sich um weniger leistungsfähigere Provinzialverbände. Darum soll von dem sonst eingehaltenen Verhältnis von 33⅓ zu 20 Prozent abgewichen werden. Unter den gleichen Bedingungen sollen Gemeinden und öffentlichen Verbänden Beihilfen zur Wiederherstellung ihrer Anlagen darlehnsweise gewährt werden, falls sie es nicht vorziehen sollten, selbst ½ der Gesamtkosten unter der Voraussetzung zu übernehmen, daß die anderen ⅔ aus öffentlichen Mitteln ohne Auflage bewilligt werden. Auch an der Beseitigung der Schäden in Seebädern soll mitgewirkt werden. Für die Arbeiten auf nichtfiskalischem Gebiete sind bereits Mittel zur Verfügung gestellt unter dem Vorbehalt, daß die Kommunalverbände sich später beteiligen. Ich bitte das Abgeordnetenhaus, sich mit diesen Grundsätzen und mit der außeretatmäßigen Berechnung der Gelder einverstanden zu erklären. Die Schäden an staatlichen Bauwerken und fiskalischem Besitz dürften mehrere Millionen betragen. Die Wiederherstellung wird mit aller Energie betrieben.

In der sich anschließenden Aussprache dankte Abg. **Freiherr v. Maltzahn** (kons.) allen denen, die an den Rettungsarbeiten teilgenommen und Beihilfen gespendet haben, doch sei Staatshilfe dringend nötig. Redner aller Parteien verlangten größere Anwendungen für Küstenschutz. Anträge der Konservativen und Nationalliberalen auf eine staatliche Hilfsaktion wurden an eine Kommission verwiesen. In der fortgesetzten Beratung des Etats des Ministeriums des Innern griff Abg. Dr. **Liebknecht** (Soz.) die Rechtsprechung des Oberverwaltungsgerichts an und erwiderte dem Minister, der diese zurückwies. Mit ein paar schnoddrigen Redensarten könne der Minister die Kritik nicht abtun. (Großer Lärm und Pfuirufe rechts. Rufe: Raus, raus!) Präsident Graf Schwerin ruft den Redner zur Ordnung. — Fortsetzung Mittwoch.

Unfall des Prinzen Adalbert von Preußen.

Berlin. (Priv.-Tel.) Prinz Adalbert von Preußen erlitt, wie die „Kieler Ztg." meldet, am Sonnabend einen leichten Unfall, indem er mit dem rechten Fuße umknickte und sich eine Sehnenzerrung zuzog. Er befindet sich in ambulanter Behandlung im Lazarett Kiel-Wik.

Der Waffengebrauch des Militärs in Friedenszeiten.

Berlin. (Priv.-Tel.) Gegenüber den Zweifeln, die von verschiedenen Seiten laut geworden sind, daß sich die verbündeten Regierungen an den Beratungen der Kommission über die Anträge betreffend den militärischen Waffengebrauch in Friedenszeiten beteiligen wollen, wird zuständigerseits erklärt, daß die Regierungen vertreten sein werden.

Eine Melioration des Spreewaldes.

Berlin. (Priv.-Tel.) Es ist eine Melioration des Spreewaldes beabsichtigt. 10 000 Morgen zwischen Lübben und Lübbenau sollen mit Beihilfe der Provinz und des Staates der Süßgraskultur erschlossen werden. Zunächst werden einige Flächen probeweise melioriert.

Ein Verbot der Hetzblätter in Metz.

Metz. (Priv.-Tel.) Nach dem Vorgehen des Straßburger Generalkommandos hat nun auch das Militärkommando in Metz für die Kasinos und Kasernen der lothringischen Truppenteile ein Verbot der französischen Hetzzeitungen wie der deutschen Hetz- und Witzblätter erlassen, die in der letzten Zeit das deutsche Heer besonders verunglimpft haben.

Besuche Kaiser Wilhelms in Schönbrunn und Konopischt.

Wien. (Priv.-Tel.) Kaiser Wilhelm wird, wie in Hofkreisen verlautet, Anfang Juni dem Kaiser Franz Joseph einen Besuch machen. Der Deutsche Kaiser ist vom Thronfolger Erzherzog Franz Ferdinand nach dessen Schloß Konopischt geladen und hat seinen Besuch bereits zugesagt. Erzherzog Franz Ferdinand will seinen Gast mit den großartigen Gartenanlagen in Konopischt bekannt machen. Bei dieser Gelegenheit will Kaiser Wilhelm auch nach Wien kommen, um einen Tag in Schönbrunn zu verbringen.

Die böhmischen Ausgleichsverhandlungen.

Wien. Wie die Deutsch-Böhmische Korrespondenz meldet, empfing der Ministerpräsident Graf Stürgkh die deutschen Abgeordneten zu einer Aussprache über das Vorgehen bei den Ausgleichsverhandlungen. Die Abgeordneten erklärten sich einverstanden mit der Bildung dreier Unterausschüsse, nämlich für die Landesordnung nebst Landeswahlordnung, für den Sprachengebrauch bei den autonomen Behörden und für die nationale Abgrenzung. Die Abgeordneten erklärten jedoch ausdrücklich, die deutschen Vertreter hielten daran fest, daß die nationale Abgrenzung die Grundlage aller Ausgleichsarbeit bilde, und daß die Deutschen lediglich auf der Grundlage ihrer eigenen Entwürfe in Verhandlungen eintreten könnten und nicht auf der Grundlage der von der Regierung vorgelegten Behelfe.

Die Opposition im ungarischen Abgeordnetenhause.

Budapest. (Priv.-Tel.) Im ungarischen Abgeordnetenhause ist heute wieder die Opposition erschienen, um an der Beratung des Gesetzentwurfs über die Neueinteilung des Wahlbezirks teilzunehmen. Die Opposition will neue Skandale provozieren, so daß man sich wieder auf erregte Szenen im Parlament gefaßt machen muß.

Die Budgetberatung der französischen Kammer.

Paris. Die Deputiertenkammer hat das Marinebudget angenommen. Bei der Beratung des Budgets für die schönen Künste erklärte der Unterstaatssekretär auf eine Anfrage wegen der Ausgrabungen in den Departements Gers und Dordogne unter der Leitung eines deutschen Professors, daß jene Schätze sichergestellt und die in Betracht kommenden Gegenstände für den Staat angekauft seien. Bei der Beratung des Kriegsbudgets erklärte der Kriegsminister auf eine Anfrage: Das Lebelgewehr befriedigt uns vollständig. Wir denken nicht daran, ein anderes Modell einzuführen. Aber wenn andere Mächte ihr Gewehr verbessern oder ein automatisches Gewehr einführen, so können wir von einem Tage zum anderen die Herstellung eines solchen beginnen. (Beifall.) Darauf wurde das Kriegsbudget angenommen.

Das neue schwedische Kabinett.

Stockholm. Die Entlassung des Ministeriums Staaff ist heute bewilligt und das neue Ministerium ernannt worden. Es setzt sich folgendermaßen zusammen: Präsidium und Krieg: v. Hammarskjöld, Aeußeres: Knut Wallenberg, Mitglied der Ersten Kammer, Justiz: Hasselrot, Präsident des südschwedischen Hofgerichts, Marine: Broström, Schiffsreeder in Gotenburg und ehemaliger Abgeordneter, Inneres: Landeshauptmann v. Sydow, Finanzen: Bennersten, Fabrikbesitzer und Abgeordneter, Unterricht: Westmann, Universitätsprofessor, Ackerbau: Baron Johann v. Bock-Friis, Mitglieder der Ersten Kammer. Die drei Ministerien ohne Portefeuille erhalten Oberst Mörcke, sowie die Expeditionschefs Stenberg und Linner. Der neue Ministerpräsident ist im Auslande als Mitglied des Haager Schiedsgerichts und als Präsident des Schiedsgerichts in der Casablanca-Angelegenheit bekannt. Der neue Finanzminister Bennersten ist einer der schwedischen Unterhändler für den neuesten Handelsvertrag zwischen Schweden und Deutschland gewesen. — Wie „Svenska Telegramm-Byran" hervorhebt, ist es gelungen, geschickte und erfahrene Männer mit politisch-gemäßigten Anschauungen zu sammeln. Das hauptsächlichste Ziel des Ministeriums wird offenbar die Lösung der Landesverteidigungsfrage sein.

Die Alkoholbekämpfung in Rußland.

Petersburg. Auf den Antrag des Grafen Olisuiew hat der Reichsrat einstimmig als Amendement zu Art. 3 des Antialkoholgesetzes die Bestimmung angenommen, daß im Bereiche der Ortschaften, deren Bevölkerung das Verbot des Verkaufes geistiger Getränke beschlossen hat, weder die Krone noch Privatleute Verkaufslokale für geistige Getränke eröffnen dürfen.

Ein Theaterbrand in Uesküb.

Belgrad. (Priv.-Tel.) Das kürzlich eröffnete serbische Nationaltheater in Uesküb wurde durch eine gewaltige Feuersbrunst vollständig vernichtet. Das Feuer entstand kurz nach Schluß der Aufführung. In wenigen Minuten stand das Theater, das glücklicherweise schon ganz leer war, in hellen Flammen.

Die Deportation der südafrikanischen Arbeiterführer.

London. (Priv.-Tel.) Nach Depeschen aus Las Palmas wurde der Dampfer „Umgheni" mit den südafrikanischen Arbeiterführern an Bord bei der Ankunft von den Motorbooten der englischen Zeitungs-Korrespondenten umschwärmt. Der Kapitän erlaubte aber niemand, an Bord zu kommen. Die Zeitungs-Korrespondenten versuchten, die Arbeiterführer, die sich über die Bordwand lehnten, von ihren Motorbooten her auszufragen. Waterson, einer der Arbeiterführer, erklärte, sie würden bei den britischen Gerichten wegen ihrer Deportation gegen die südafrikanische Regierung Klage anstrengen. Alle hatten den Kapitän ersucht, sie an Land gehen zu lassen. Dieser erklärte, daß er ihnen das nicht verwehren würde, aber er könne in diesem Falle keine Verantwortung für ihre Weiterbeförderung nach London übernehmen. Darauf blieben sie an Bord. Nachdem Vorräte eingenommen waren, fuhr die „Umgheni" nach London weiter, dürfte aber die Verbannten schon vorher in einem anderen unbekannten englischen Hafen an Land setzen, um die geplante Demonstration zu vermeiden.

Altenburg. (Priv.-Tel.) Während der gestrigen Vorstellung von „Fra Diavolo" im Hoftheater entlud sich im 3. Akt hinter der Szene das Gewehr des Heldentenors Nicolini, der die Titelrolle sang. Die Ladung verletzte den Sänger im Gesicht, doch sind die Verletzungen nicht lebensgefährlich.

Elberfeld. (Priv.-Tel.) Brunhilde Wölden, die den Attentäter Nettelbeck erschossen hat, stellte sich heute nachmittag in Begleitung eines Verwandten und eines Rechtsanwalts der hiesigen Staatsanwaltschaft.

Petersburg. Der Großfürst Georg Michailowitsch ist heute abgereist, um als Vertreter des Kaisers an der Beisetzung der Prinzessin Wilhelm von Baden teilzunehmen.

Aalborg. In der Laane- und Diskonto-Bank in Aalborg haben zwei Beamte, die privat an der Börse spielten, im Laufe der letzten acht Monate 641 000 Kronen unterschlagen. Das Aktienkapital, die Reserven und der Garantiefonds der Bank decken die Unterschlagungen, so daß die Kundschaft keinen Schaden leidet.

Berlin, 17. Februar. Heute wurde von der Allgemeinen Elektrizitäts-Gesellschaft in Gemeinschaft mit den Berliner Elektrizitätswerken die A.-E.-G.-Schnellbahn-Aktiengesellschaft errichtet. Die Gesellschaft übernimmt den Vertrag der A. E. G. mit der Stadt Berlin über die Anlage einer elektrischen Hoch- und Untergrundbahn Gesundbrunnen—Neukölln. Die Gesellschaft hat ein Aktienkapital von 2½ Millionen Mark 4½ % Vorzugsaktien und 20 Millionen Mark Stammaktien und ist berechtigt, 32½ Millionen Mark 4 % Obligationen auszugeben, deren Verzinsung und Amortisation von der Stadt Berlin gewährleistet sind.

Frankfurt a. M. (Schluß, abends.) Credit 206¾. Disconto 193¼. Dresdner Bank 158¾. Staatsbahn 156¾. Lombarden 22¾. Fest.

Paris. (3 Uhr nachmittags.) 3 % Rente 87,22½. Italiener 96,82½. Spanier 90,40. 4 % Türken unifiz. 86,55. Türkenlose 201,50. Lombarden 113. Besser.

Paris. (Produktenmarkt.) Weizen per Februar 26,15, per Mai-August 26,90, ruhig. — Rüböl per Februar 76,75, per Mai-August 71,75, ruhig. — Spiritus per Februar 43,75, per September-Dezember 45, matt.

Oertliches und Sächsisches.

— Se. Majestät der König begibt sich Mitte März nach Torbié.

— Der Fürst und die Fürstin von Thurn und Taxis trafen gestern nachmittag 4 Uhr 21 Min. mit dem Erbprinzen hier ein und wurden auf dem Bahnhofe in Dresden-Neustadt von Sr. Majestät dem König und Ihrer Königl. Hoheit der Prinzessin Mathilde begrüßt. Um 6 Uhr fand im Residenzschlosse Tafel statt, an der die Thurn und Taxisschen Herrschaften teilnahmen. Nach der Tafel begaben sie sich zum Besuche der Vorstellung in die Oper. — Heute abend nehmen sie am Kammerball im Residenzschlosse teil.

— Dem Oberbahnassistenten a. D. Hentzschen zu Elsterwerda wurde das preußische Verdienstkreuz in Gold und dem Eisenbahnzugführer a. D. Lehmann zu Leipzig-Neustadt das Verdienstkreuz in Silber verliehen.

— **JBA.** Die Herren Oberbaurat Falian und Kommerzienrat Wasielewsky aus Leipzig haben am Montag dem Staatsminister des Innern und der auswärtigen Angelegenheiten Graf Vitzthum v. Eckstädt und dem Finanzminister v. Seydewitz im Auftrage des Direktoriums der Internationalen Baufachausstellung eine Dankadresse nebst der Medaille der Ausstellung in Bronze zur Erinnerung überreicht. Die Herren Minister waren hocherfreut über das von Professor Bruno Héroux künstlerisch ausgeführte Diplom. Graf Vitzthum v. Eckstädt überreichte bei dieser Gelegenheit dem Vorsitzenden der JBA., Oberbaurat Falian, die ihm vom Könige verliehene goldene Medaille „Virtuti et Ingenio" mit der Berechtigung, diese am Bande des Albrechtsordens um den Hals zu tragen.

— **Geh. Studienrat Professor Dr. Hermann Peter †.** In Meißen starb vorgestern der frühere Rektor der Fürstenschule St. Afra, Herr Geh. Studienrat Professor Dr. Peter, Domherr des Hochstifts zu Meißen und Propst des Domkapitels St. Petri zu Bautzen. Der Entschlafene wurde am 7. September 1837 in Meiningen als der Sohn des damaligen Direktors des dortigen Gym-